

**„Das Dreieck – Sozialdemokratische Stadtteilzeitung“, 11. Ausgabe, April 2002**

### **Wohnen, Leben und Arbeiten ohne Stadtautobahn auf dem Güterbahnhofsgelände in Derendorf**

Mit großer Verwunderung und vor allem Verärgerung mußte die SPD im Stadtbezirk 1 zur Kenntnis nehmen, dass einem von der Verwaltung vorgelegten Aufstellungsbeschluss für das ehemalige Güterbahnhofsgelände die Ausweisung einer Nord-Süd-Entlastungsstraße ausdrücklich als Planungsziel festgeschrieben werden soll. Die Mehrheit aus CDU und FDP hat diese Verwaltungsvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung am 20. Februar 2002 in der vorgelegten Fassung beschlossen. Ein Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung der Entlastungsstraße aus dem Aufstellungsbeschluss wurde abgelehnt, obwohl die Verwaltung zuvor zugestanden hatte, dass es im derzeitigen Planungsstadium ausreiche, lediglich ganz allgemein die Ausweisung von Verkehrsflächen vorzusehen.

Einmal mehr wird hier in einem undurchsichtigen Verfahren und ohne vorherige ernsthafte Beratung und Beschlussfassung durch die demokratischen Gremien Politik durch die Hintertür und vor allen ohne die betroffene Bevölkerung gemacht. Das Werkstattverfahren, das im Sommer 2000 unter reger Beteiligung der Bevölkerung stattfand und gute Ergebnisse brachte, wird damit vollkommen auf den Kopf gestellt. Sehr bewusst hatten damals die Bürgerinnen und Bürger sowie alle drei Planungsteams, die sich an dem Werkstattverfahren beteiligt hatten, die bereits damals von der CDU vorgetragenen Idee einer Entlastungsstraße verworfen.

Die SPD im Stadtbezirk 1 hat sich auf ihrer Stadtbezirkskonferenz am 2. März einstimmig gegen den Bau einer Entlastungsstraße ausgesprochen und wird sich auch weiterhin für die Umsetzung des ursprünglichen Siegerentwurfs aus dem Werkstattverfahren in einen Rahmenplan einsetzen.

Eine Nord-Süd-Entlastungsstraße ist aus unserer Sicht verkehrs- und planungspolitischer Unsinn. Die SPD im Stadtbezirk 1 setzt sich dafür ein, dass auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs ein neuer attraktiver Stadtteil entsteht, in dem Arbeiten, Leben und Wohnen miteinander verbunden werden, in dem es Möglichkeiten für Sport, Spiel, Entspannung und Kultur gibt und in dem große Grünflächen die Aufenthalts- und Lebensqualität der Menschen nicht nur im neuen Stadtteil, sondern auch in den angrenzenden Bereichen von Pempelfort, Derendorf und Zoo erhöhen. Kurzum, wir wollen das Gebiet so entwickeln, dass Menschen gerne hier leben und arbeiten. Dieses Gelände ist zu schade, um es für ein mehr als fragwürdiges Projekt zu verschwenden. Es würden Unsummen an Geld zum Fenster hinausgeworfen; Geld mit dem endlich Projekte angegangen werden sollten, deren Realisierung die Bürger/innen zurecht erwarten.

In dem vorgelegten und vom zuständigen Ratsausschuss beschlossenen Aufstellungsbeschluss ist zu lesen, dass die Entlastungsstraße inzwischen in den Siegerentwurf integriert wurde. Auch dies geschah ohne vorherige Beratung im zuständigen Ratsausschuss, von einer Einbeziehung der Öffentlichkeit ganz zu schweigen. Die jetzt vollzogene Festschreibung als Planungsziel kommt einem Beschluss über eine solche Straße gleich. Die Ergebnisse einer vom Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung in Auftrag gegebenen Prüfung über die

Machbarkeit einer solchen Straße wurden bislang ebenso wenig den politischen Gremien vorlegt wie die geplante sich daran anschließende Prüfung über den verkehrlichen Nutzen einer solchen Straße. Statt sich in einen intensiven Dialog mit der Öffentlichkeit über die Sinnhaftigkeit eines solchen Straßenverkehrsprojektes, das einer neuen Stadtautobahn mit Auf- und Abfahrten gleichkommt, zu begeben, sollen über einen Halbsatz in einer Verwaltungsvorlage hinterrücks Fakten geschaffen werden. Die von der CDU so oft beschworene Bürger/innennähe entpuppt sich wieder einmal nur als hohles Geschwätz, wenn wie hier die Ergebnisse von Werkstattverfahren nicht ernst genommen und nach eigenen Gutdünken verändert werden.

Zudem würde die Entlastungsstraße einen Ausbau des öffentlichen Regionalverkehrs, sei es über einen Metrorapid oder durch die Erweiterung um ein fünftes und sechstes Gleis für traditionellen Zugverkehr, erschweren oder gar verhindern. Ein solcher Ausbau des öffentlichen Regionalverkehrs könnte aber erheblich dazu beitragen, die immensen Pendlerströme, die täglich nach Düsseldorf kommen, von der Straße auf ein alternatives öffentliches Verkehrssystem zu verlagern. In bekannter Manier setzt die CDU jedoch offenbar weiterhin auf völlig antiquierte Modelle der Verkehrspolitik und zieht es vor, immer noch mehr Autoverkehr in die Innenstadt zu lenken.



*Petra Kammerevert  
Ratsfrau*